

**Rede  
der stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprecherin für  
Wissenschaft, Kultur und Innovation**

**Dr. Silke Lesemann, MdL**

zu TOP Nr. 5b

Aktuelle Stunde

**Zukunft der Universitätsmedizin in Niedersachsen  
nicht aufs Spiel setzen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/7026

während der Plenarsitzung vom 15.07.2020  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen, meine Herren!

Die Hochschulmedizin spielt für das Wissenschafts- und Gesundheitssystem in Deutschland eine maßgebliche Rolle. In der Universitätsmedizin sind Forschung, Lehre und Krankenversorgung untrennbar miteinander verwoben. Die Herausforderungen bei der Bewältigung der Corona-Pandemie haben diese Bedeutung nochmals unterstrichen. Sowohl bei der Behandlung schwer erkrankter COVID-19-Patientinnen und -Patienten, bei der Übernahme wichtiger Koordinationsaufgaben in den einzelnen Regionen, der Beratung von Politik und Behörden als auch bei der Erforschung von Behandlungsstrategien zur Bekämpfung des Virus, die Universitätsmedizin erbringt für unser aller Wohl unverzichtbare Leistungen.

Meine Damen, meine Herren, der Koalitionsvertrag dieser Landesregierung misst der niedersächsischen Hochschulmedizin eine große Bedeutung bei. Es ist erklärter Wille der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen, die erforderlichen Modernisierungsmaßnahmen der Hochschulmedizin in Göttingen und Hannover sowie den Ausbau der Uni-Medizin in Oldenburg in dem dafür erforderlichen Rahmen zu unterstützen.

Gleichzeitig will die Koalition die Anzahl der Medizinstudienplätze deutlich erhöhen; denn Niedersachsen hat unter den großen Flächenländern die geringste einwohnerbezogene Anzahl an Studienplätzen. Durch den Ausbau der Hochschulmedizin in Oldenburg, der EMS, und die Umwandlung von Teilstudienplätzen in Vollstudienplätze in Göttingen sollen bis zum Ende dieser Wahlperiode bis zu 200 zusätzliche Studienplätze geschaffen werden. Bis zum Wintersemester 2024/25 sollen dann pro Jahr auch 200 junge Menschen ihr Medizinstudium in Oldenburg aufnehmen können.

Mit den zusätzlichen Medizinstudienplätzen soll insbesondere die ärztliche Versorgung auf dem Land verbessert werden.

Wichtige Weichen sind bereits gestellt worden, liebe Kollegin Viehoff. Gehandelt worden ist bereits. Das heißt aber nicht, dass alles schon erledigt wäre. Wir müssen uns weiter auf den Weg machen. Ich erinnere beispielsweise an das Sondervermögen für die Sanierung der Uni-Kliniken in Hannover und Göttingen sowie die Einrichtung einer gemeinsamen Dachgesellschaft zur Realisierung der Bauvorhaben. Der Ausbau der Medizinstudienplätze ist auf einem guten Weg: plus 50 an der Medizinischen Hochschule Hannover, plus 60 in Göttingen. Es ist uns auch gemeinsam gelungen, die Zahl der Studienplätze an der European Medical School zum jetzt auslaufenden Semester von 40 auf 80 Plätze aufzustocken. Das war ein großer Schritt in die richtige Richtung. Die Zahl der Studienplätze muss aber schrittweise weiter erhöht werden, um den ärztlichen Bedarf gerade im Nordwesten unseres Bundeslandes abzudecken.

Der Ausbau der Medizinstudienplätze und die Sanierung der in die Jahre gekommenen Klinikgebäude sind eine riesige organisatorische und finanzielle Kraftanstrengung. Es ist uns bewusst, dass für eine Erweiterung auf bis zu 200 Plätze die zurzeit vorhandene Infrastruktur nicht ausreichend ist. Das gilt übrigens bereits jetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Zusammenhang ist es sehr enttäuschend, dass die für den Ausbau der EMS erforderlichen Mittel keine Berücksichtigung im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung für 2021 gefunden haben.

Im Flächenland Niedersachsen ist es in Bezug auf den Hausärztemangel von besonderer Wichtigkeit, dass die EMS bereits im Studium Aspekte der Allgemeinmedizin in den Fokus der Studierenden stellt. Auf diese Weise unterstützt sie die Ausbildung von Hausärzten mit Blick auf den ländlichen Raum. Die EMS ist nicht nur ein regionaler Leuchtturm, sondern auch eine einzigartige grenzübergreifende Kooperation mit den Niederlanden, regionalen Krankenhäusern und Ärzten. Sie wurde kürzlich vom Wissenschaftsrat zum zweiten Mal positiv evaluiert. Die Kosten für den notwendigen Ausbau der Infrastruktur werden auf ca. 142 Millionen Euro geschätzt. Der Antrag auf Bewilligung von 80 Millionen Euro für den ersten Bauabschnitt wurde nun abgelehnt.

Diese Baumaßnahmen für Forschung und Lehre sind über das MWK zu finanzieren. Parallel dazu hat das niedersächsische Sozialministerium für Baumaßnahmen an den kooperierenden Krankenhäusern zur Sicherung und Verbesserung der Krankenversorgung mit einem Landeszuschuss von über 167 Millionen Euro gesorgt. An dieser Stelle gilt mein herzlicher Dank Frau Ministerin Dr. Reimann.

Meine Damen und Herren, der Koalitionsvertrag gilt weiterhin, und wir erwarten, dass die vereinbarten Maßnahmen bis zum Ende dieser Wahlperiode umgesetzt werden. Aktuell zeigt uns die Pandemie, wie unverzichtbar die durch eine gut ausgebaute Hochschulmedizin geleistete Daseinsvorsorge für jeden von uns ist.

Was die Universitätsmedizin Göttingen und auch die MHH angeht, werden wir sehr darauf achten, dass der Zeitplan auch nach den vorgenommenen organisatorischen Änderungen nicht weiter beeinträchtigt wird. Dies ist nämlich unabdingbar für eine gute medizinische Versorgung, besonders in Niedersachsen.

Vielen Dank.